

Freiburger Agenda 21

Leitbild

- Zukunftsbild "Freiburg im 21. Jahrhundert" -

**Beschlossen am 29.11.1999
im Freiburger Forum 21**

Auf dem Weg zu einer lokalen Agenda 21 für Freiburg

Präambel

Die Erhaltung und Fortentwicklung ökologischer, ökonomischer und sozialer Lebensgrundlagen ist unser aller Aufgabe. Die auf der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 vorgeschlagenen Strategien zur Lösung der Zukunftsaufgaben für das 21. Jahrhundert sind im Abschlussdokument - der Agenda 21 - festgehalten.

In der Agenda 21 erhalten die Kommunen die Aufgabe zur Erstellung eines Handlungsprogrammes "Lokale Agenda 21", das die Bereiche Ökologie, Ökonomie und soziale Gerechtigkeit gleichrangig behandelt, die notwendige Balance zwischen den drei Bereichen sicherstellt und sich an den Kriterien der Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit ausrichtet. Bei der Erstellung dieses Handlungsprogramms für eine nachhaltige Entwicklung und den zu fällenden Entscheidungen sollen die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich miteinbezogen werden. Alle Bereiche der örtlichen Gemeinschaft sollen im konsensorientierten Dialog gemeinsam Ziele und Maßnahmen für eine zukunftsfähige Entwicklung der Kommune entwerfen.

Die Stadt Freiburg hat sich verpflichtet, gemäß den in den Dokumenten von Rio und Aalborg beschriebenen Prinzipien gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern eine Agenda 21 zu erarbeiten. Sie bekennt sich zu dieser Aufgabe und hat dies durch die Unterzeichnung der Charta von Aalborg im Jahr 1996 deutlich gemacht.

Leitbild für Freiburg im 21. Jahrhundert

Unsere Verantwortung

Der Fortbestand allen Lebens auf der Erde bedarf global, regional und lokal einer nachhaltigen und gerechten Entwicklung.

Unsere Lebensweise in Stadt und Region - hoher Energieverbrauch, zunehmender Verkehr, Konsumverhalten, Freizeitaktivitäten sowie viele Produktionsweisen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft machen uns für eine Reihe von Umweltproblemen verantwortlich.

Soziale Probleme wie z. B. Arbeitslosigkeit oder Leben in Armut erfordern einen erheblichen Einsatz öffentlicher Mittel, vermindern die Lebenschancen der Menschen und schränken die Entwicklungsfähigkeit unserer Gesellschaft ein.

Nur eine zugleich ökologisch verträgliche, ökonomisch erfolgreiche und an sozialer Gerechtigkeit orientierte Gesellschaft besitzt auf Dauer die Kraft, den Herausforderungen der Zukunft aussichtsreich zu begegnen. In Verantwortung gegenüber der Natur und der gesamten Mitwelt, gegenüber den nachfolgenden Generationen, gegenüber allen Kulturen und in Verpflichtung auf unser Gewissen entwerfen wir ein Zukunftsbild unserer Stadt und Region.

Unsere Ziele

Der Dreiklang Ökologie - Ökonomie – Soziales

Ökologische Verträglichkeit

In Freiburg und in der Region werden durch eine zielgerichtete Stadt- und Regionalentwicklung der Verbrauch von Ressourcen und die Auswirkungen unserer Lebensweise auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf ein verantwortbares Maß zurückgeführt. Zukünftigen Generationen soll es weiterhin möglich sein, den natürlichen Reichtum an Rohstoffen, Wasser, Energie, Luft, Boden, Artenreichtum an Tieren und Pflanzen und ein gesundes Klima vorzufinden. Hierzu richten wir unser Wirtschaften und Arbeiten, unsere Mobilität, unseren Konsum und unsere sonstige Lebensweise an einer weitestgehenden Vermeidung von Umweltauswirkungen aus. Insbesondere setzen wir uns für einen sparsamen Energie-, Wasser-, und Rohstoffverbrauch und die Verwendung erneuerbarer Energien und nachwachsender Rohstoffe ein.

Ökonomische Vernunft

Die Stadt Freiburg und ihre Bürgerinnen und Bürger setzen auf eine aktive Wirtschaftsförderung, um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu stärken und ihre Zukunftsfähigkeit zu erhalten, um im nationalen wie internationalen Wettbewerb auch langfristig bestehen zu können. Ökonomisch setzen Freiburg und die Region auf den Erfolgsweg, durch die umweltverträgliche Produktion umweltfreundlicher und nachhaltiger Produkte neue innovative Arbeitsplätze zu schaffen. Über förderliche kommunale Rahmenbedingungen soll eine weiterhin steigende Zahl qualifizierter Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich geschaffen werden. Neben der Erwerbsarbeit wird die Arbeit in der Familie und Aktivitäten im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements mehr anerkannt und gefördert.

Soziale Gerechtigkeit

Freiburg ist eine Stadt, in der das menschliche Zusammenleben gestärkt, Gemeinschaftlichkeit, Eigeninitiative, Solidarität, Gleichberechtigung und gegenseitige Toleranz gefördert werden; eine Stadt des sozialen Ausgleichs, in der Armut, Diskriminierung und Gewalt bekämpft werden. Eine ausgewogene Stadtentwicklung verhindert sozialräumliche Spaltungen. Ein für alle Bürgerinnen und Bürger zugängliches und erreichbares Angebot sozialer Dienste und Einrichtungen wird bereitgestellt. In Freiburg wird allen BewohnerInnen die Teilhabe an den Chancen und Möglichkeiten einer offenen Gesellschaft gesichert. Freiburg sieht sich dem Prinzip verpflichtet, daß Probleme möglichst eigenverantwortlich gelöst werden. Menschen, die Opfer des gesellschaftlichen Wandels zu werden drohen, werden unterstützt.

Unser Weg

Der Weg einer auf die Zukunftsfähigkeit ausgerichteten Stadt- und Regionalentwicklung wahrt den besonderen Charakter der Stadt und der Region und prägt diesen weiter aus - ihre landschaftliche Einbettung, ihre städtebauliche Qualitäten, ihre Funktion als Zentrum Südbadens für Arbeit und Wirtschaft, für Wissenschaft und Bildung, für Gesundheitsversorgung, Lebensart, Kultur, Freizeit, Tourismus und Verwaltung.

Triebfeder unserer zukünftigen Stadt- und Regionalentwicklung sind die Ideen, Sichtweisen, Erfahrungen, Kenntnisse und Fertigkeiten der Bürger- und Bürgerinnen. Die Gemeinschaft lebt davon, daß Menschen sich engagieren, selbst ihre Belange in die Hand nehmen und ihre Lebenswelt gestalten; sie lebt von Beteiligung, Ehrenamt und bürgerschaftlichem Handeln.

Die Zukunft der Stadt baut auf eine Kultur der Beteiligung und des bürgerschaftlichen Engagements. In der Stadt werden über förderliche Rahmenbedingungen Chancen eröffnet und Gelegenheiten geschaffen, die der Bürgerschaft eine breite und umfassende Mitwirkung und Teilhaben an politischen Entscheidungsfindungen, Planung und Umsetzung von Maßnahmen ermöglichen. Eigeninitiative wird gefördert und Gruppen und Initiativen unterstützt, die selbsttätig und eigenverantwortlich Aufgaben im Gemeinwesen übernehmen.

Die zukünftige Entwicklung wird auf der Basis eines gemeinschaftlichen und verantwortlichen Miteinanders von Institutionen, Verbänden, Kirchen, gesellschaftlichen Gruppen, Verwaltung und der Bürgerschaft getragen. Dieser Prozeß wird in einer Atmosphäre der gegenseitigen Achtung, Verständnisbereitschaft sowie kulturellen und religiösen Toleranz gestaltet. Offene, gerechte und verlässliche Entscheidungen stärken den Sinn für die Gemeinschaft.